

In diesen Tagen wird es zwei Jahre her sein, dass die Friedensgespräche in Havanna begannen und vier Jahre, seitdem erste Kontakte geknüpft wurden.

Alfredo Molano Jimeno, Redakteur des Magazins EL ESPECTADOR geht am 16.11.2014 in einem Kommentar darauf ein:

Zwei Jahre Verhandlungen, vier Jahre Prozess

Am 19. November 2012 wurde in Havanna der Verhandlungstisch von Regierung und FARC eingerichtet.

Am 7. August 2010 übernahm Juan Manuel Santos das Präsidentenamt von Álvaro Uribe. An diesem Tag, in seiner Antrittsrede, ließ er offen, welches seine prioritären Projekte sein würden. Das Wort „Frieden“ kam in seiner Rede mehr als 20 Mal vor. Aus Vernunft oder gezwungenermaßen warnte er. Der bewaffnete Konflikt befand sich in einer heißen Phase. Die Streitkräfte hatten im Kampf Raúl Reyes und Mono Jojoy getötet, beides Mitglieder der obersten Führung der FARC. Die FARC schlug zurück. Dutzende Uniformierte waren Gefangene der FARC. Stimmen, die eine Verhandlungslösung forderten, waren unpopulär.

Während seiner ersten Monate im Amt bestand Santos darauf, das Land müsse seinen Geist demilitarisieren und Konsens aufbauen. Er rief auf zur nationalen Einheit. Als Gerüchte aufkamen, Uribe sei darüber empört, schuf Santos das Gesetz über die Opfer. So setzte er das Fundament für den Verhandlungstisch. Das Gesetzesvorhaben enthielt einen Artikel, der dem Amtsvorgänger missfiel: Die Anerkennung, es handle sich um einen bewaffneten Konflikt. In jenen Tagen, so berichtet der Journalist Daniel Coronell, begann der Unternehmer Henry Acosta seine Tätigkeit als Vermittler. Das Jahr 2010 endete unter Wutschnauben Uribes und der Unbeirrbarkeit von Santos, nicht mit ihm in Streit zu geraten.

Das Jahr 2011 verlief unter Kriegsmeldungen und Forderungen der FARC nach Verhandlungen. Im September begann Senator Roy Barreras das Projekt eines „Rechtsrahmens für den Frieden“. Diese Initiative löste die Alarmsirenen aus. Die Uribisten beschuldigten Santos der Absicht, das Land an die Linke auszuliefern. Barreras argumentierte, er habe die Absicht, der Staatsmacht juristische Sicherheit zu verschaffen. Die Erweiterung der Militärgerichtsbarkeit wurde aus der Gesetzesinitiative herausgenommen. Am 4. November 2011 gab der Präsident bekannt, man habe der FARC einen nie dagewesenen militärischen Schlag versetzt, nämlich die Tötung von Alfonso Cano, des Oberkommandierenden.

Den Oberbefehl der Guerrillaorganisation übernahm Rodrigo Londoño Echeverri alias Timochenko, der in seinen ersten Verlautbarungen vom Dialog, der Einstellung der Feindseligkeiten und dem Gefangenenaustausch sprach. Anfang 2012 begannen Nachrichten über einen Dialog zu schwirren. Am 12. Januar 2012 deutete ein Brief Timochenkos an, dass etwas passieren würde. Er sprach von einem Verhandlungstisch und davon, „die Agenda weiter zu behandeln, die von Caguán noch besteht“. Tage später bestätigte diese Zeitung Kontakte zwischen FARC und Regierung in Havanna.

Santos dementierte das und versicherte zudem, dass „obwohl die Schlüssel zum Frieden nicht auf dem Meeresgrund liegen“, könne man sie nicht benutzen, weil die FARC keine Zeichen ihres Friedenswillens gezeigt habe. Daraufhin, am 23. Februar 2012, verkündete die FARC den Verzicht auf Entführungen und die Freilassung der 12 noch in ihrer Gewalt befindlichen Entführten. Ohne dass die Mehrheit davon etwas wahrnahm, begann an diesem Tag in Havanna die Erkundungsphase des

Friedensprozesses, und am 26. August stand die Agenda für die Verhandlungen zur Beendigung des Konflikts.

Im September gab Präsident Santos die Einrichtung eines Verhandlungstischs bekannt. Während des gesamten Monats handelten die Schlagzeilen der Presse davon, wo der Prozess stattfinden werde und wer die Mitglieder der Delegationen sein würden. Am 18. Oktober wurde in Oslo verkündet, der Verhandlungsprozess sei angelaufen. Am 19. November wurden die Verhandlungen formell eröffnet. Zuvor hatte man sich geeinigt, dass aus der Zivilgesellschaft Themenvorschläge unterbreitet werden sollten, und im Dezember hatte man sich geeinigt, zunächst das Thema der ländlichen Entwicklung zu verhandeln.

Zwischen Januar und Mai 2013 erreichte man darüber eine Übereinkunft. Einige Sitzungen fanden statt in Anwesenheit einer Gruppe von Parlamentariern, und die FARC berief neue Mitglieder ihrer Delegation, wie Pablo Catatumbo, Mitglied des Sekretariats. Sodann begann die Diskussion über das Thema der politischen Beteiligung. Im 2. Halbjahr 2013 gab es scharfe Spannungen am Verhandlungstisch. Im September entstand im Parlament die Initiative für ein Referendum über die Abkommen, das zeitgleich mit einer der für 2014 angesetzten Wahlen stattfinden sollte. Der Vorschlag einer Übergangsjustiz wurde präsentiert.

Präsident Santos reiste zur UN-Generalversammlung nach New York, um den Friedensprozess zu verteidigen und bat um Flexibilität zur Beendigung des längsten Konflikts in der westlichen Hemisphäre. Im November erreichte man ein Abkommen über die politische Beteiligung. Dann begann der Wahlkampf, und das Panorama verdüsterte sich. Man einigte sich, die Verhandlungen bis zu den Wahlen zu unterbrechen, aber das war keine so gute Idee. Als der Vorhang des Jahres 2013 fiel, verstärkten beide Seiten ihre Positionen.

Dann begann die Diskussion des Problems der Drogenwirtschaft. Am 16. Mai 2014, wenige Tage vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahl, gaben Regierung und FARC bekannt, sie hätten eine Übereinkunft im dritten Punkt der Agenda erzielt: dem Problem der illegalen Drogen. Zudem, eine Woche vor dem zweiten Wahlgang, in einem polarisierten Ambiente zwischen Santos und seinem Gegenkandidaten Oscar Iván Zuluaga, erreichte man Einigkeit über die Vorgehensweise bei der Verhandlung des Themas der Behandlung der Opfer des Konflikts.

Diese Übereinkunft sorgte für frischen Wind am Verhandlungstisch. Man gab bekannt, dass sechs Delegationen der Opfer angehört werden sollten, jede bestehend aus 12 Personen. Man legte weiter fest, dass eine Wahrheitskommission gebildet werden sollte mit einer Unterkommission für die Behandlung des Konfliktendes, also der Entwaffnung, der Wiedereingliederung der Kämpfer und des endgültigen Waffenstillstands. Als bemängelt wurde, dass man nicht wisse, was in Havanna diskutiert und vereinbart werde, reagierten beide Seiten im August mit der Veröffentlichung aller Papiere zu den Verhandlungen.

Heute stehen die Verhandlungen kurz vor dem 2. Jahrestag ihrer Aufnahme. Und zweier Jahre harter Debatten, dreier Abkommen und einer Erklärung über die Grundsätze des Vorgehens bei der Entschädigung der Opfer und der Feststellung der historischen Wahrheit des bewaffneten Konflikts. Am Dienstag wird eine weitere Verhandlungsrunde beginnen, einschließlich des Besuchs der letzten Opferdelegation, während das Dokument, mit dessen Erstellung die Wahrheitskommission beauftragt ist, kurz vor seiner Fertigstellung steht. Es zeigt ein rückblickendes Panorama für einen historischen Verhandlungsprozess zwischen Regierung und FARC.